Keine Wiederkehr!

Coup d'État in Myanmar - Militarisierung in Sri Lanka

Franziska Koch

Seit Anfang Februar werden die Medien durch Bilder von schwerbewaffnetem Militärpersonal und landesweiten Massenprotesten in Myanmars Straßen beherrscht. Auch in Sri Lanka untermauern extrem-nationalistische Buddhisten eine autoritäre Regierung. Ein Kommentar aus gegebenem Anlass.

uch in einem anderen asiatischen Staat, der von glühenden buddhistischen Nationalist(inn)en regiert wird, zieht das Militär durch die Straßen. Zugegeben nur zu Schauzwecken, denn Sri Lanka feierte am 04. Februar den Unabhängigkeitstag des Landes. Dennoch bleibt bei der Militärparade in den Straßen Colombos ein fader Beigeschmack. Werden doch eben diesen Streitkräften schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Zeit des Bürgerkrieges vorgeworfen.

Beunruhigende Parallelen

Die Parallelen zwischen den beiden Staaten hören dort nicht auf. Beide erlebten vor kurzem herbe Rückschläge in der Etablierung demokratischer Reformregierungen. Im Jahr 2015 wurde Sri Lanka noch von der internationalen Gemeinschaft für die neu gebildete Regierung gelobt, die sich der Demokratie, den Menschenrechten und der Rechenschaftspflicht verschrieb. Doch bevor sich tiefgreifende Veränderungen manifestieren konnten, brach vier Jahre später die Good-Governance-Koalition auseinander, und die Rajapaksa-Familie übernahm mit ihrer ethnisch-nationalistischen Marke erneut die Macht. Der ehemalige Verteidigungsminister in Bürgerkriegszeiten, nun gewählter Präsident, Gotabaya Rajapaksa, begann sofort, gegen Journalist(inn)en und Menschenrechtsaktivist(inn)en vorzugehen und setzte Verfassungsänderungen außer Kraft.

Wie in Myanmar wird seit dem Wahlsieg von Rajapaksa dem Militär in Sri Lanka eine prominente Rolle im zivilen Leben zugestanden. Die Rajapaksa-Regierung arbeitet emsig daran, möglichst viele Schlüsselpositionen in zivilen Behörden mit Gleichgesinnten zu besetzen. Nicht wenige davon haben zusammen mit dem heutigen Präsidenten beim Militär gedient. Einigen werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bürgerkrieges vorgeworfen. Doch etliche Ermittlungsverfahren gegen Personen wurden mit der Begründung eingestellt, dass es sich um eine politische Instrumentalisierung von Recht (Viktimisierung) handle. Die UN-Menschenrechtskommissarin, Michelle Bachelet, warnte in ihrem Bericht zu Sri Lanka im Januar,1 dass das Versagen der Regierung bei der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen das Risiko einer Wiederholung der militarisierten Gewalt deutlich erhöhe.

Die Warnzeichen in Sri Lanka sind da: fortschreitende Militarisierung ziviler Regierungsfunktionen, verstärkter Vorrang der Mehrheit (Majoritarismus), Aushöhlung der demokratischen Kontrollen, sowie die Einschüchterung von Dissident(inn)en. Die internationale Gemeinschaft sollte entschieden auf diese Tendenzen reagieren, bevor es, wie in Myanmar, zu einem völligen Zusammenbruch der Rechtstaatlichkeit kommt. Ein guter Anfang wäre eine belastbare UN-Resolution zu Sri Lanka mit verstärkter internationaler Überwachung und strengen Präventivmaßnahmen.

Übrigens hat Sri Lanka nach neusten Berichten² den Außenminister der Militärdiktatur von Myanmar, Wunna Maung Lwin, zu einem Treffen der BIMSTEC-Staaten³ eingeladen, bestreitet aber, dass diese Geste den Putsch des vergangenen Monats legitimiere. Jayanath Colombage, Sri Lankas Außenminister, ließ verlauten, dass Myanmars amtierender Außenminister eingeladen worden sei, weil das Land aktuell Mitglied der BIM-STEC sei. Dies bedeute aber nicht, dass man die Militärregierung Myanmars akzeptiert habe. Überhaupt habe man bislang zum Militärputsch keine Position bezogen, sagte er. Bleibt zu hoffen, dass sich Sri Lankas Regierung keine Tipps für Totalitarismus bei dem Treffen abholt.

Zur Autorin



Franziska Koch koordiniert das Netzwerk Sri Lanka Advocacy.

Endnoten

- ¹ UN-Dokument A/HRC/46/20.
- ² https://www.aljazeera.com/ news/2021/3/11/sri-lanka-invites-myanmars-incumbent-fm-denies-endorsing-coup.
- ³ BIMSTEC (Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation) ist ein Zusammenschluss von Bangladesch, Bhutan, Indien, Myanmar, Nepal, Sri Lanka und Thailand.